

Änderungsanträge zum Bundesparteitag

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 8. Mai 2015

- Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, die nachfolgend aufgeführten Änderungsanträge an den Bundesparteitag zu stellen.
- Politische Botschaft:** Die politische Botschaft variiert natürlich von Antrag zu Antrag. In guter Tradition der letzten Jahre bringt sich DIE LINKE. Sachsen jedoch weiterhin aktiv in die Debatten zum Bundesparteitag ein.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** Versenden der Anträge an die Antragskommission des BPT
- Finanzen:** kostenlos
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** -
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

siehe nachfolgende Einzelanträge

F.d.R.

Dresden, 12. Mai 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Änderungsanträge an Antrag G.8.

A) Antragstitel: Menschen statt Länder/Völker/Nationen/Staaten etc.

Antrag:

Ändere den Titel in Zeile 1 von

„Es geht um unser Land – es geht um Europa“ in: „Es geht um die Menschen – hier und in Europa“

Begründung:

Es geht uns natürlich irgendwie um die Zustände an den Orten, an denen wir leben. Aber dabei geht's ja nicht um „das Land“ als abstrakte Entität, sondern um die einzelnen Menschen. Mit der Änderung des Titels würden wir außerdem einen Slogan aus dem Europawahlkampf wieder aufnehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

B) Antragstitel: Menschen statt Länder/Völker/Nationen/Staaten etc.

Antrag:

Ersetze in Zeile 61 das Wort „radikaldemokratische“ durch „aus basisdemokratischen Bewegungen entstandene“

Begründung:

PODEMOS ist zu erheblichen Teilen aus basis- und damit auch radikaldemokratischen Bewegungen entstanden. Das zur Zeit von PODEMOS organisationsintern verwendete Wahl- und Abstimmungsverfahren ist in der Praxis jedoch alles andere als „radikaldemokratisch“. De facto handelt es sich, beispielsweise bei der Wahl des Äquivalents zu unserem Parteivorstand, um ein Listenwahlverfahren mit Wirkungen wie in einem Mehrheitswahlsystem.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

C) Antragstitel: Umfragen sehen leider wieder anders aus

Antrag: Ersetze in Zeile 60f „führt seit einigen Monaten“ durch „führte vor einigen Monaten“

Begründung:

In den letzten Umfragen (hier: Ende April/Anfang Mai) ist PODEMOS hinter PP, PSOE und z.T. sogar Ciudadanos zurückgefallen. Natürlich ist auch das nur eine Momentaufnahme und möglicherweise ist der Zustand zum Zeitpunkt der Abstimmung wieder so, wie die AntragsstellerInnen geschrieben haben. Let's see.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

Änderungsanträge an Antrag G.10.

Antragstitel: „Spekulanten“ streichen

Antrag: Streiche in Zeile 10 „, Spekulanten“

Begründung:

Richtig ist: es mag spekulierende AkteurInnen geben, die profitieren. Die ökonomische Spekulation (auf einen Gewinn) ist jedoch keineswegs nur eine Handlung der großen wirtschaftlichen Player, sondern (tragischerweise) Grundlage wirtschaftlichen Handelns im Kapitalismus. Immer wieder auf „die Spekulanten“ zu verweisen geht an einer Kritik des Spiels vorbei und zeigt auf die Spieler. Mit der Streichung trifft die Beschreibung der AntragsstellerInnen aus unserer Sicht dennoch den eigentlichen Punkt. Es würde dann dort stehen:

'Die Profiteure der europäischen und deutschen Krisenpolitiken, einer verfehlten und unsozialen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sind in erster Linie private Banken und die „Großen am Markt.“'

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

Änderungsanträge an Antrag G.12.

Antragstitel: Keine Petition

Antrag: Streiche in Zeile 15f „Sie bittet den Parteivorstand die Einleitung einer Petition/Unterschriftenkampagne zu prüfen, durch die die EU aufgefordert wird, den Friedensnobelpreis wegen erwiesener Unwürdigkeit zurückzugeben.“

Begründung:

Bitte nicht noch eine Petition. Das ist mittlerweile ein wirklich überstrapaziertes Instrument – und leider häufig arg wirkungslos.

Abstimmungsergebnis:

bei 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Änderungsanträge an Antrag G.13

A) Antragstitel: Leistungsideologie

Antrag: Ersetze in Zeile 58 das Wort „Menschenverschleiß“ durch „Leistungsideologie“

Begründung: Menschenverschleiß ist die faktische Auswirkung der gnadenlosen Leistungsideologie im (Wettkampf-)Sport

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

B) Antragstitel: Verständigung

Antrag: Ersetze in Zeile 85 „Völkerverständigung“ durch „Verständigung“

Begründung: Die Grenze (auch die kommunikative) verläuft nicht zwischen „den Völkern“. Auch wenn ihr das alte olympische Ideal der „Völkerverständigung“ quasi zitiert wird: das Ideal könnte mit der Umformulierung sicher gut leben.

Abstimmungsergebnis:

7/6/5 → mehrheitlich angenommen

C) Antragstitel: Kein Zwang durch unglückliche Formulierungen

Antrag: Streiche in Zeile 87 „Zur Beförderung einer solidarischen Bewegungskultur sind der Breitensports und öffentliche Sporteinrichtungen auszubauen, sowie die unentgeltliche Nutzung der Sportstätten durch Alle durchzusetzen.“

Begründung: Was ist, wenn Menschen die Sportstätten nicht „(unentgeltlich) nutzen“ wollen? Die Nutzung von Sportstätten durch „Alle durchzusetzen“ halten wir für eine unglückliche Formulierung.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen

D) Antragstitel: Schlaglöcher

Antrag: Ersetze in Zeile 94f „für ein schlaglochfreies Straßennetz“ durch „für ein modernes Schienennetz“

Begründung: Schön: Straßen ohne Schlaglöcher. Schöner: modernes Schienennetz. Weniger Auto, mehr Bahn.

→ wurde vom Antragsteller zurückgezogen

Änderungsanträge an Antrag P.5.

Antragstitel: BSK nicht überlasten

Antrag: Ersetze in Antrag P.5. „Der Parteivorstand und die Bundesschiedskommission sind aufgefordert“ durch „Der Parteivorstand wird, in Abstimmung mit der Bundesschiedskommission, gebeten“

Begründung: Auf den letzten Bundesparteitag hat die BSK deutlich gemacht, wie viel Arbeit sie als ehrenamtliche Struktur wegzuschleppen hat. Ihre Aufgaben sind ferner fest definiert. Wir halten es für falsch, der BSK nun auch noch aufzuhalsen, Schulungen zu organisieren. Das muss (und vermutlich auch: kann) sie nicht leisten. Aber sie soll, nach ihren eigenen Möglichkeiten, mit einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

5/3/8 → mehrheitlich angenommen

Änderungsanträge an Antrag P.6.

A) Antragstitel: Extra-Parteitag einzeln abstimmen

Antrag: Streiche in Antrag P.6. in den Zeilen 12ff „Die Partei DIE LINKE wird eine weitere Tagung ihres Bundesparteitages als Friedensparteitag vorbereiten und durchführen. Dieser Friedensparteitag wird die außen- und friedenspolitischen Positionen der Partei auf der Grundlage der aktuellen Entwicklungen und der vorliegenden Vorschläge diskutieren und schärfen.“

Begründung: Manch eineR wird entweder den politischen Zielformulierungen oder aber dem Anliegen, einen extra-Bundesparteitag durchzuführen, nicht zustimmen können. Die Abstimmung über die Streichung des ersten Teils kommt daher einer Einzelabstimmung über die Frage „Extraparteitag – ja oder nein“ gleich, unabhängig von den politischen Forderungen im zweiten Teil des Antrags. Wir geben zu bedenken, was für einen enormen finanziellen und organisatorischen Aufwand die Durchführung eines Bundesparteitags mit sich bringt.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen

B) Antragstitel: Entwaffnung

Antrag: Ersetze in Antrag P.6. in Zeilen 52ff „Dabei ist auf die Neutralität der Ukraine, die Entwaffnung nationalistischer sogenannter Freiwilligenbataillone, das Verbot neofaschistischer Organisationen und Propaganda und auf die Stärkung föderativer Staatselemente zu achten.“ durch „Dabei ist auf die Neutralität der Ukraine, die Entwaffnung ~~nationalistischer~~ sogenannter Freiwilligenbataillone **auf allen Seiten, die Einrichtung und Überwachung einer demilitarisierten Zone im Osten des Landes**, das Verbot neofaschistischer Organisationen und Propaganda und auf die Stärkung föderativer Staatselemente zu achten.“

Begründung: Das Problem bewaffneter Freiwilligenverbände besteht auf beiden Seiten des Konflikts. Freilich werden die VertreterInnen des separatistischen Teils ihrer Entwaffnung nicht zustimmen können, so lange das ukrainische Militär aus ihrer Sicht eine Bedrohung darstellt. Daher soll es eine demilitarisierte Zone geben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich angenommen